

GEW

EuWiS

Mai 2022

Zeitung „Erziehung und Wissenschaft im Saarland“ des Landesverbandes der GEW im DGB



ZEITENWENDE

Neue Herausforderungen für die Bildung?

BILDUNG. WEITER DENKEN!



Thema: Zeitenwende – neue Herausforderungen für die Bildung?

Editorial 03

Thema: Zeitenwende – neue Herausforderungen für die Bildung? 04

- 04 Lothar-Kahn-Schule packt an!
Eine Schulgemeinschaft in „blau-gelb“
- 06 Fakt oder Fiktion?
Fake News erkennen, benennen und berichtigen
- 06 „Ich schlafe im Moment nachts selten durch“
- 08 Aktionen gegen Rassismus und Ausgrenzung am Sonnenhügel
- 10 Gute Integration Geflohener

Sozialpädagogik 12

- 12 Das Projekt „Housing First“
Einblicke in die Wohnungslosenhilfe

Gewerkschaft 13

- 13 Ausschuss Frauen – Bestandsaufnahme
Ein kurzen Überblick über einige wenige Themen, die mir im Laufe meiner Amtszeit begegnet sind...

14 Fräulein Lehrerin

- 15 Haltung zeigen!
Aktionstag gegen Rassismus in Saarbrücken

17 Diskriminierungsschutz an Schulen

- 19 Allgemeine Impfpflicht für alle Erwachsenen
BAGSO fordert schnelles und konsequentes Handeln der Politik

Info & Service 20

- 20 „Komm wir gehen Falke“
- 21 Lesung mit Christian Bergel aus seinem Roman „Ada“

Bücher & Medien 22

- 22 Video der Bosener Gruppe

Geburtstage & Jubiläen 23

- 23 Mai 2022
- 23 Schlusswort



Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. - Do.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 16.00 Uhr
 Fr.: 09.00 - 12.00 Uhr | 13.00 - 15.00 Uhr
 Telefon: 0681 / 66830-0,
 Telefax: 0681 / 66830-17
 E-Mail: info@gew-saarland.de
 Internet: http://www.gew-saarland

GEW-Service

Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 09.00 - 16.00 Uhr,
 Mi.: 13.00 - 17.00 Uhr

Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,
 Tel.: 0681 / 66830-13,
 E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de
 Fr.: 13.00 - 16.00 Uhr unter
 Tel.: **0152 / 01701173 NEU**

Beratung für Referendarinnen und Referendare

Max Hewer, Tel.: 0176 / 30456396
 E-Mail: m.hewer@gew-saarland.de

Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Susanne Bleimehl
 Tel.: 0170 / 9655772
 E-Mail: susannebleimehl@gmail.com

Redaktionsschluss

06.05.2022
 (Juni-Ausgabe)

07.06.2022
 (Juli/August-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

Impressum
 Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,
 Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:
 Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken
 Tel.: 0681/66830-0, Fax: 0681/66830-17
 info@gew-saarland.de

Redaktion
 Carsten Kohlberger
 redaktion@gew-saarland.de

Sarah Becker,
 Ilka Hofmann,
 Harald Ley,
 Sarah Tschanun,
 Nadine Weber

Anzeigenverwaltung
 Andreas Sánchez Haselberger
 a.sanchez@gew-saarland.de

Layout
 Bärbel Detzen
 b.detzen@gew-saarland.de

Druck
 COD Büroservice GmbH
 Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken
 Telefon: 0681/393530, info@cod.de

Bildnachweis
 u.a. stock.adobe.com, 123rf.com,
 GEW-Archiv, privat

Titelfoto
 stock.adobe.com/@suppa

Die Redaktion behält sich bei Beiträgen und Leserbriefen Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar und stehen in der Verantwortung der Autorin/des Autors.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Leserinnen,
 liebe Leser,

die meisten Menschen meiner Generation hätten eine Situation wie die gegenwärtige nicht mehr für möglich gehalten. Der Krieg ist zurück auf europäischem Boden. Millionen Menschen aus der Ukraine müssen ihre Heimat verlassen. Viele dieser Personen mussten ihre Angehörigen und ihr Hab und Gut zurücklassen. Die grausamen Eindrücke von Bomben, Zerstörung und schlimmsten Verbrechen an der Menschlichkeit treffen nicht nur uns selbst tief ins Mark. Auch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende nehmen die für sie oft verstörenden Bilder über die sozialen Netzwerke oder das Fernsehen wahr.

Es wird für unsere Gesellschaft eine Herausforderung sein, alle Geflohenen bei uns willkommen zu heißen und ihnen rasch Perspekti-

ven zu bieten. Neben einem ausreichenden Angebot an Wohnraum wird es auch darum gehen, ukrainische Bildungs- und Berufsabschlüsse anzuerkennen. Den Betroffenen muss die Möglichkeit gegeben werden, zu arbeiten, zur Schule zu gehen oder zu studieren.

Auch auf unser Bildungssystem kommen in den nächsten Wochen und Monaten erhebliche Herausforderungen zu. Kindergärten und Schulen sind erneut mit der Aufgabe konfrontiert, Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrungen und damit verbundenen traumatischen Erlebnissen aufzunehmen. Unsere Bildungsstätten müssen darauf vorbereitet werden, Schutzraum zu sein für alle Neuankömmlinge. Viele geflohene Schüler:innen müssen psychologisch unterstützt werden. Es muss das Ziel unserer Bildungsstätten sein, darüber hinaus alle Betroffenen entsprechend ihrer individuellen Voraussetzungen bestmöglich zu fördern. Auch der Sprachförderung kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

Die EuWiS-Ausgabe im Mai widmet sich daher der „Zeitenwende“, die Bundeskanzler Scholz in seiner Bundestagsrede für die deutsche Politik eingeläutet hat. Es geht um die Frage, wie das Bildungswesen auf diese außenpolitischen Entwicklungen reagieren kann und wie der Krieg in erzieherischen und unterrichtlichen Kontexten berücksichtigt werden kann. Hierfür stellt Nadine Weber zunächst friedenspädagogische Aktivitäten

der Lothar-Kahn-Schule vor. Danach legt Sarah Becker Möglichkeiten des Umgangs mit Falschnachrichten und Propaganda im Unterricht dar, bevor sie Auswirkungen der politischen Situation auf die Lernenden thematisiert und eine angemessene Behandlung des Kriegs im Unterricht reflektiert. Im Anschluss daran berichtet Ilka Hoffmann über Aktionen gegen Rassismus und Ausgrenzung an der Gemeinschaftsschule Sonnenhügel in Völklingen.

Anschließend nimmt der Sozialpädagoge Sebastian Oster in einem Interview zu der Frage Stellung, wie die Integration Geflohener gelingen kann. In ihrem Beitrag gibt Liliane Rosar-Ickler danach Einblicke in das Wohnungslosenhilfe-Projekt „Housing first“ der Diakonie Saar, bevor Birgit Weis über den Landesausschuss der Frauen berichtet. Mia Herber erinnert sich danach an die Zeit des „Lehrerinnenzölibats“, bevor Yvonne Fell den „Aktionstag gegen Rassismus“ Revue passieren lässt. Die LAMA-Vorsitzende Arianna Erario hält schließlich ein Plädoyer für die Stärkung des Diskriminierungsschutzes an Schulen.

In der Hoffnung auf einen baldigen Frieden wünsche ich allen Leser:innen eine gute Lektüre und einen schönen Monat Mai. ■

Euer
Carsten Kohlberger

ANZEIGE



COD Büroservice GmbH
 Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken
 Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301
 print@cod.de www.cod.de

Lothar- Kahn- Schule packt an!

Eine Schulgemeinschaft in „blau-gelb“



Friedenstaube aus Pappteller

Nicht nur im Leitbild der Lothar-Kahn-Schule (LKS) in Rehlingen-Siersburg findet man den Leitgedanken „Wir bereiten die Schülerinnen und Schüler durch soziale Projekte auf ihre Verantwortung in der Gesellschaft vor“, sondern auch auf der Homepage findet man zahlreiche Projekte, die die Schulgemeinschaft der LKS in den letzten Jahren durchgeführt hat.

Doch gerade der Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022, stellte das Kollegium vor eine ganz neue Herausforderung:

Krieg in Europa. Dieser hat Auswirkungen für uns alle, denn viele Kinder unserer Schule haben selbst schon Krieg erlebt und auch bei allen anderen bleiben die schrecklichen Nachrichten nicht ohne Wirkung. So war es selbstverständlich, dass dieses Thema altersgemäß angesprochen werden musste. Durch die eingespielte Zusammenarbeit im Kollegium schaffte man es in Gemeinschaft innerhalb kürzester Zeit zahlreiche Initiativen auf die Beine zu stellen, bei denen die Schüler:innen ihre Ängste, Sorgen und Fragen zum Ausdruck bringen konnten. Dabei fanden sie in gewöhn-

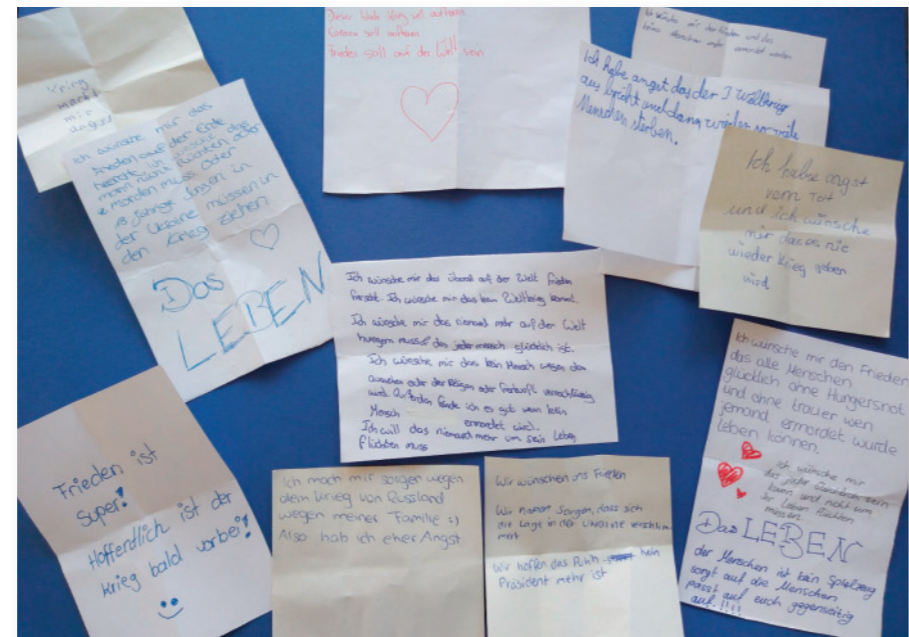
ter Art und Weise die benötigte Unterstützung von der Schulgemeinschaft. Im Folgenden wollen wir einige dieser Initiativen vorstellen:

In der ersten Stunde nach den Ferien entschloss sich das Kollegium mit ihrem Schulleiter Friedrich Müller, den Schülern Raum für die Auseinandersetzung mit der Thematik Krieg und ihren daraus resultierenden Gefühlen zu geben. Für das Kollegium war es wichtig ein Zeichen zu setzen, dass es dieses Thema ernst nimmt und die Kinder damit nicht alleine lässt. Die Klassen entwickelten selbst Ideen, in welcher Art und Weise sie ihre Gefühle und Gedanken zum Ausdruck bringen wollten. So entstanden verschiedenste Fensterdekorationen mit Zeichen des Friedens, wie z.B. Friedenstauben, Peace-Zeichen, Regenbogen etc. Klassenübergreifend bastelte jeder Schüler als Zeichen der Solidarität und für den Frieden eine dreidimensionale Friedenstaube. Dadurch kann man bis heute einen Schwarm von über 300 Tauben im Foyer der Schule bewundern.

In Zusammenarbeit mit der Pastoralreferentin und Schulseelsorgerin Carina Rui entstand ein weiterer Sorgenfresser: eine Klagemauer. Ähnlich wie bei den Juden in Israel konnten die Schüler:innen hier ihre Ängste, Wünsche und Hoffnungen auf Zetteln notieren und anonym unter die Steine der Mauer legen. Dies wurde von den Schüler:innen sehr gut angenommen: Neben der Angst vor dem



Die Klagemauer



Zettel der Klagemauer

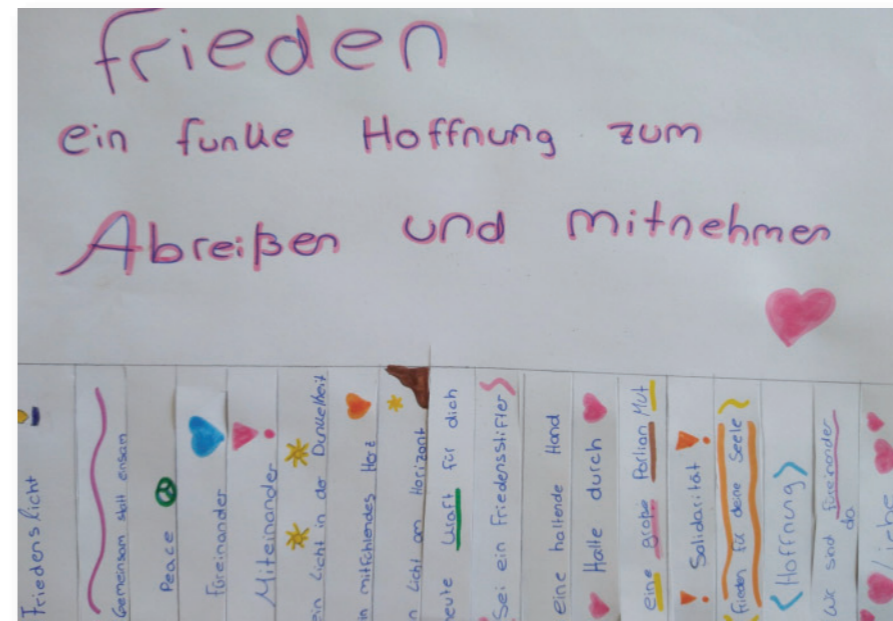


Fensterdeko der Klasse 6b

Krieg in der Ukraine und Kriegen an verschiedenen Orten der Welt, wurden hier auch andere Sorgen benannt. Die Zettel sammelte man und verbrannte sie feierlich am 12. April während eines Gottesdienstes, der als „Auszeit an der Klagemauer – ein Gottesdienst für interessierte Schüler:innen“ angeboten wurde. Danach hatten die Schüler:innen die Möglichkeit in kleinen Gruppen oder unter vier Augen mit Lehrer:innen, den Schulsozialarbeiter:innen oder der Schulseelsorgerin zu sprechen. Ebenso ermöglichte man den Schüler:innen an der Litfaßsäule der Schule die

Die Musiklehrerin Annika Rauls sang mit ihren jüngeren Klassen das Lied „Imagine“ von John Lennon bzw. ließ dieses Lied mit der Ukulele begleiten. Die Klassenstufe 9 setzte sich intensiv mit Friedensliedern, insbesondere mit dem „Lied vom Nicht-Verstehen“ von Maybop sowie „Wozu sind Kriege da“ von Udo Lindenberg auseinander.

Schüler:innen der musisch-kulturellen Erziehung verteilten im ganzen Schulgebäude Abrisszettel "Frieden to go", die sie auf kreative Art und Weise im Unterricht angefertigt



Frieden to go

„Gute Nachricht des Tages“ aufzuschreiben. Diese gab den Schülern die Möglichkeit, sich auch wieder die positiven Dinge des Lebens vor Augen zu führen als kleiner Lichtblick in einer düsteren Zeit.

hatten und die jedem, der ein „Stück Frieden“ abriß, ein Lächeln ins Gesicht zauberten.

Natürlich befasste sich auch der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften mit der

Ukraine-Krise. Mithilfe von digitalen Medien, z.B. den Logo-Nachrichten oder den Erklärvideos von „MrWissen2go“ und eigens dafür erstellte Materialien, gab man den Schüler:innen die Möglichkeit, einen altersgemäßen Zugang zur Thematik zu erlangen.

Als Zeichen der Solidarität tat sich schlussendlich die gesamte Schüler- und Lehrerschaft der Lothar-Kahn-Schule zusammen und folgte dem Aufruf der Service-Clubs, u.a. Rotary, Lions, Zonta und Soroptimist, indem sie Sachspenden für die Menschen in der Ukraine sammelten: Neben Konserven, Babynahrung und Hygieneartikel befanden sich auch warme Decken, isolierende Unterlagen, Verbandsmaterial und Gehhilfen unter den Spenden. Um die zahlreichen Sachspenden abzutransportieren, waren zwei Transporter von Nöten.

Eins wurde uns bei allen diesen Initiativen bewusst:

Frieden ist keine Selbstverständlichkeit – für Frieden muss man sich einsetzen.

Die Schulgemeinschaft der Lothar-Kahn-Schule hat versucht, damit ihren Beitrag zum Frieden zu leisten und die Schüler:innen bei ihrem Umgang mit der „neuen Realität“ bestmöglich zu unterstützen. ■



Nadine Weber



Peter Mattfeldt

Fotos: Nadine Weber, Annika Rauls, Carina Rui

Aktionen gegen Rassismus und Ausgrenzung am Sonnenhügel

Die Gemeinschaftsschule Völklingen Sonnenhügel gehört dem größten Schulnetzwerk Deutschlands an, dem Netzwerk Schule gegen Rassismus Schule mit Courage. Zu diesem Netzwerk zählen 3600 Schulen. Im Saarland feiert das Netzwerk in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum.

Am Internationalen Tag gegen Rassismus, dem 21. März 2022, fanden deshalb am Sonnenhügel viele gleichzeitige Aktionen statt:

Schweigemarsch gegen Rassismus

Der Schweigemarsch gegen Rassismus, der jährlich von der Gemeinschaftsschule Sonnenhügel organisiert wird und an dem diesmal einige bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Sport teilnahmen: Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot, Regionalverbandsdirektor Peter Gillo, Oberbürgermeisterin Christiane Blatt, Kreisvorsitzender der AWO im Regionalverbandsverband Saarbrücken Jürgen Heermann, der FC Köllerbach 1932 als Pate der Schule, Vertreter des FC Saarbrücken und natürlich die Schulleiterin Valentina Trützschler und ihre Stellvertreter Susanne Meier und Patrick Seekatz.

Erstaunlich, wie ruhig der Marsch vom Schulgelände bis zum Rathaus Völklingen von allen Schülern und Schülerinnen, Lehrkräften und anderen Beteiligten durchgeführt wurde, immerhin an die 700 Personen, die für den Frieden und gegen Diskriminierung auf die Straße gingen und ein Zeichen setzten. Die Banner, die von Schülerinnen und Schülern gestaltet waren, setzten dabei bunte Farbtupfer in die schweigende Menge. Wer mitlief, wurde Zeuge von der ersten Stille, die trotz der großen Schülerzahl herrschte. Durch die Stadionstraße, am Skatepark vorbei und am Grünstreifen entlang war jeder zwitschernde Vogel zu hören und es herrschte eine friedliche Stimmung. Am Rathaus angekommen, wurden von den oben Genannten lobende und anerkennende Worte an die Schülerschaft gerichtet, welche das Thema so zustimmend aufgegriffen und kreativ gestaltet hatte. Alle Beteiligten wiesen auf die Wichtigkeit von Vorbildern unter jungen Menschen hin, die für Frieden und gegen Diskriminierung und Rassismus eintreten. So war auch nicht zuletzt die Rede der zwei Schülersprecherinnen Kübra Bozkurt und Tatjana Urschel sehr beeindruckend. Anschließend sangen Schü-



Schweigemarsch GemS Völklingen

ler:innen und Lehrer:innen den Schulsong der Gemeinschaftsschule Sonnenhügel, den Schüler der Schule in einem Projekt selbst geschrieben hatten und deren Refrain lautete:

*Wir wollen keinen Hass,
keine Hetze, keine Kriege
ohoh
Wir sind alle verschieden,
wollen Frieden auf dieser Welt!*

Graffitiaktion

Die Gemeinschaftsschule am Sonnenhügel zeigt Farbe: auf einem Mauerabschnitt zwischen zwei Unterführungen Am alten Brühl, mitten in Völklingen, haben Schülerinnen und Schüler unter der Anleitung des Künstlers Max



Graffiti

Roth ihre Vorstellungen vom gemeinsamen Zusammenleben ohne Rassismus in Form eines großen Graffitos zur Geltung gebracht:

Aktion Botschafter-Steine gegen Rassismus
Der Sonnenhügel trägt eine Botschaft hinaus von Völklingen und in die Welt:

Jede zur Gemeinschaftsschule zugehörige Person gestaltete einen Stein mit einem Bild und einer Botschaft gegen Rassismus und Ausgrenzung und für das friedliche Miteinander aller Menschen. Mehr als 700 handbemalte und lackierte Kieselsteine, jeder für sich ein eigenes kleines Kunstwerk, wurden am Internationalen Tag gegen Rassismus von einer Klasse an markante Orte in Völklingen ausge-



Graffiti

legt und konnten ab dann von Passanten an andere, entferntere Orte mitgenommen und dort wieder ausgelegt werden, wie es bei den „Saarsteinen“ üblich ist. Dadurch wird die kla-

sons engagiert sich die GemS am Sonnenhügel auch für die ankommenden Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine, nicht nur für die an der eigenen Schule, sondern in Zusam-



Steine gegen Rassismus

re Haltung der Schule gegen Hass und Hetze an viele andere große und kleine Orte weitergetragen. Die ersten Steine sollen schon im März unsere Bundesgrenzen passiert haben und sicher wurde auch in den Osterferien so mancher Stein in andere Länder getragen. So wird Völklingen und seine Gemeinschaftsschule am Sonnenhügel zum Botschafter gegen Rassismus und Krieg in der Welt.

Die Landeszentrale für politische Bildung sieht in der Steine-Aktion der GemS Sonnenhügel ein Best-Practice-Beispiel; darum werden anlässlich des 20-jährigen Jubiläums von "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" Fotos von den gestalteten Steinen auch auf Einladungskarten und anderen Printmaterialien der Landeszentrale erscheinen.

Spendenaktion für ukrainische Schüler:innen an den Völklinger Schulen
Ganz nach der ersten Strophe des Schul-

menarbeit mit dem Verein "Ukraine-Saarland-Berlin e.V." in Wadgassen auch an anderen Schulen und Grundschulen im Umkreis. Dazu



Spenden für ukrainische Schüler:innen



Willkommenstaschen

ging eine Bitte um Hilfe an die Schüler- und Lehrerschaft, Spenden zu sammeln in Form von neuem Schulmaterial wie Hefte, Blöcke, Stifte, Lineale etc, um den neu Ankommenden den Einstieg in den deutschen Schulalltag zu erleichtern. Sobald der Aufruf kam, gingen zahlreiche Spenden an der GemS ein und die Schule erhielt nicht nur Arbeitsmaterial, sondern zum Beispiel auch schöne Schul- und Sporttaschen. Ein ehemaliger Lehrer, Jörn Riemenschneider, engagiert sich in dem Wadgasser Verein und koordiniert die Verteilung an ukrainische Schüler:innen in der Umgebung. Schüler und Schülerinnen helfen auch bei der Sortierung und dem Verpacken der Spenden oder gestalten Willkommenstaschen. ■



Ilka Hofmann

Bildrechte:
- Gemeinschaftsschule Völklingen Sonnenhügel
- MBK/Claus Kiefer (Foto Schweigemarsch)

ANZEIGE



www.reporter-ohne-grenzen.de

Gute Integration Geflohener

Im Ukraine-Krieg müssen Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Viele Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter sind bereits nach Deutschland eingereist oder werden in den kommenden Wochen und Monaten zuwandern. Es gilt, diesen Menschen gute Bedingungen bereitzustellen, um einerseits ihre Erfahrungen zu verarbeiten und andererseits ihre Bildungswege fortzusetzen. Sebastian Oster arbeitet als Sozialpädagoge seit 2016 mit Jugendlichen mit Fluchterfahrungen. Wir haben uns mit ihm über die Frage unterhalten, wie eine gute Integration ins Schul- und Ausbildungssystem gelingen kann.

EuWiS

Hallo Sebastian. Du arbeitest seit 2016 als Schulsozialarbeiter hauptsächlich mit Schüler:innen mit Migrationshintergrund, darunter viele Geflüchtete. Worauf kommt es dabei Deiner Meinung nach an?

Sebastian Oster

Genau. Für die sozialpädagogische Betreuung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern (SuS) der Berufsbildungszentren Homburg und St. Ingbert stehen seit 2004 insgesamt vier Fachkräfte zur Verfügung. Anstellungsträger ist der Saarpfalz-Kreis. Die Stellen werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Im Zuge der Flüchtlingssituation 2015/16 wurde – mit finanzieller Förderung durch das Bildungsministerium des Saarlandes – für die „Sozialpädagogische Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen“ pro Berufsbildungszentrum jeweils eine weitere Stelle geschaffen. Mittlerweile wurde die Zielgruppe um SuS mit Migrationshintergrund und besonderem Sprach- und Förderbedarf erweitert. Die sozialpädagogische Betreuung soll prinzipiell da-zu beitragen, SuS so zu stabilisieren, dass sich die Bedingungen für die Eingliederung in das Schul- und Ausbildungssystem dauerhaft verbessern.

Unser Arbeitsschwerpunkt ist demnach das Übergangsmanagement (Schule/Beruf). Es geht darum, dass die SuS ein grundsätzliches Verständnis für das deutsche Schul- und Ausbildungssystem und eine realistische Anschlussperspektive entwickeln können. Das Ziel ist, dass sie in einen konkreten weiterführenden schulischen oder beruflichen Bildungsweg einmünden, eine Qualifikation erlangen oder einen Arbeitsplatz finden.

Weitere Ziele sind beispielsweise der Erwerb eines deutschen Schulabschlusses, die Verbesserung der Sprachkompetenz, die Förderung der beruflichen Perspektiven, die schulische und soziale Integration sowie die

Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen und Hinführung zu außerschulischen Angeboten in den Bereichen Freizeit, Sport, Kultur.

EuWiS

Die Situation rund um den Ukraine-Krieg ist katastrophal. Viele Menschen müssen ihre Heimat verlassen, um sich und ihre Kinder in Sicherheit zu bringen. Welche Bedarfe ergeben sich aus dieser Situation für das Schulsystem?

Sebastian Oster

Viele Menschen, die infolge solch schrecklicher Erfahrungen Zuflucht in Deutschland suchen, sind schwer belastet und häufig auch traumatisiert. Es ist für uns „Außenstehende“ sicher schwierig nachzuempfinden, was es tatsächlich bedeutet, alles Vertraute und Bekannte, die eigene Heimat, Freunde, Familie oder auch die Schule und den Arbeitsplatz zurückzulassen. Insofern ist zunächst sicherlich die notwendige Sensibilität für die Ausnahmesituation, in der sich diese Menschen befinden, geboten, und entsprechende humanitäre Hilfe zu leisten.

Die schulische, sprachliche und soziale Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen, die sich auch aus deren Schulpflicht ergibt, sind im darauffolgenden Schritt anzugehen. Dies stellt, gerade bei jungen Menschen mit Fluchterfahrung, eine große Herausforderung dar, die wir Beteiligten an den Schulstandorten und die Zivilgesellschaft gemeinsam zu bewältigen haben.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass es sich bei den neu Zugewanderten um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Es sind junge Menschen, die ganz unterschiedliche Fähigkeiten, Fertigkeiten und Erlebnisse sowie ganz individuelle Bildungsniveaus aufweisen. Dies gilt es, auch hinsichtlich der möglichen Anerkennung von Vorleistungen, zunächst einmal zu eruieren.

EuWiS

Wie muss die Bildungspolitik reagieren, um diese Herausforderungen meistern zu können?

Im Zuge der oben erwähnten Flüchtlingssituation 2015/16 wurden die SuS an den Berufsbildungszentren zunächst in gesonderten „Flüchtlingsschulen“ beschult. Dies ermöglichte eine individuelle und zielgruppenspezifische Förderung, insbesondere eine Sprachförderung. Meiner Meinung nach wäre dies auch eine prinzipiell denkbare Lösung für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Wenngleich diese Trennung zunächst im Widerspruch zum grundsätzlich inklusiven Gedanken unserer

Schulformen des „BQ-Systems“ („BerufsQualifikation“) stehen mag, haben die Praxiserfahrungen der letzten Jahre gezeigt, dass gerade die spezifische Sprachförderung eine wesentliche Grundlage für den weiteren Integrationsprozess darstellt. Hierzu müssen selbstverständlich die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden (Sprachförderkräfte, DaF/DaZ-Lehrkräfte, Kostenübernahme bei Einsatz von Sprachmittlern oder Übersetzern etc.).

Weitere denkbare Maßnahmen wären in diesem Zusammenhang auch die Einführung einer obligatorischen Sprachstandfeststellung für alle Zugewanderten, vorgeschaltete Sprach- und Integrationskurse vor Aufnahme ins Schulsystem und die Möglichkeit der Aufnahme in das neue Übergangssystem (BQ-System) über das 18. Lebensjahr hinaus.

Auch die Schaffung der Option einer „zwei-jährigen Ausbildungsvorbereitung“, bei der im ersten Schuljahr hauptsächlich die deutsche Sprache unterrichtet wird und im darauffolgenden Schuljahr nach regulärem Lehrplan, wäre meines Erachtens denkbar.

EuWiS

Wie gestaltet sich eine solche Fluchtsituation für die Betroffenen? Wie kann man sich den Alltag der Betroffenen vorstellen? Welche Unterschiede erwartest du im Vergleich zur Situation 2015/16?

Sebastian Oster

Diese Fragen lassen sich nicht pauschal beantworten. Die individuellen Fluchterfahrungen sind zu unterschiedlich. Ich erinnere mich an einen jungen Mann, der mir 2016 von seiner Flucht aus Syrien erzählte. Seine Familie gehörte zur oberen Mittelschicht, sein Vater leitete zwei kleinere Betriebe in Damaskus. Der Krieg kam quasi „über Nacht“. Plötzlich war nichts mehr wie es vorher war. Die Familie musste reagieren, entschied sich, den ältesten Sohn zuerst Richtung Europa loszuschicken. Die Flucht war zur damaligen Zeit (Ende 2015) eine recht teure Angelegenheit. Sein bester Freund begleitete ihn. Ihre Fluchtroute führte sie zunächst über Jordanien bis nach Libyen. Von dort aus wagten sie den Weg über das Mittelmeer, sie wurden aber von der Küstenwache festgenommen und landeten im Gefängnis. Nach einigen Tagen wurden sie zwar freigelassen, das Geld für die Schlepper war allerdings weg. Nach weiteren Monaten der Ungewissheit, zurück in Jordanien und nachdem es ihnen gelang, weiteres Geld zu organisieren, wagte zumindest besagter junger Mann einen weiteren Versuch. Dieser war erfolgreich. Und es gelang ihm, in den Folge-

jahren seine Familie und auch seinen zurückgelassenen Freund nach Deutschland zu holen. Diese Geschichte steht stellvertretend für viele unterschiedliche Geschichten und Schicksale. Nicht alle hatten ein solches „Happy End“.

Mögliche Parallelen zu den Geflüchteten aus der Ukraine zu ziehen ist schwierig. Hierzu fehlen aktuell noch die Erfahrungswerte. Bisher sind noch keine ukrainischen Flüchtlinge am BBZ Homburg angekommen. Das Schicksal, so plötzlich von einem Krieg betroffen zu sein, seine Heimat verlassen zu müssen und dabei auch Teile der Familie zurückzulassen, ist aber sicherlich eine Parallele zur Situation in Syrien, wengleich sich die Flucht ganz anders gestaltet. Dennoch spielt Verlust in diesem Kontext eine große Rolle. Das Vertraute hinter sich lassen zu müssen bedeutet auch immer Orte und Situationen, die einem Menschen einen sozialen Status und Anerkennung verleihen, zu verlieren. Im neuen Land angekommen trifft man oft auf eine fremde Welt. Man versteht die Sprache nicht, kann vielleicht die Schrift nicht lesen. Oft kann der im Heimatland erlernte Beruf im „neuen“ Land nicht fortgeführt werden oder der erworbene Schulabschluss wird nicht anerkannt. Man startet ein Stück weit bei null. Auch das macht etwas mit einem Menschen.

EuWiS

Welche Probleme ergeben sich in Bezug auf die Schule? Was kann die Schulsozialarbeit tun? Was können die Lehrkräfte tun?

Sebastian Oster

Als problematisch für Schule und Schulsozialarbeit erwies sich in der Vergangenheit, neben kulturellen Konflikten, die teilweise hohen und unrealistischen Erwartungshaltungen in Bezug auf die in Deutschland gegebenen Bildungs- und Arbeitschancen. Die Einsicht, dass die vorhandene individuelle Qualifikation in Deutschland nicht für eine Arbeitsaufnahme ausreicht oder auch allgemeine Kenntnisse zum deutschen Schulsystem und der dualen Ausbildung, sind häufig nicht gegeben und sollen im Zuge der Betreuung im Laufe des Schuljahres herausgebildet und gefördert werden. Dies geschieht sowohl in Form von Einzelgesprächen in der Schule als auch in Form aufsuchender Angebote wie Hausbesuchen in den Familien und Praktikumsbesuchen in den Praxisbetrieben und immer auch in Kooperation mit weiteren Institutionen, wie beispielsweise dem Jobcenter, dem Jugendamt und der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit. Hinzu kommen „schuluntypische Formate“, wie Willkommensfrühstücke und Einführungsveranstaltungen, die zum einen dem Kennenlernen und zum anderen dem kulturellen Austausch und der Vorbeugung möglicher kultureller Konflikte dienen.

Inwiefern sich diese Bedarfe auch bei den Geflüchteten aus der Ukraine ergeben, bleibt abzuwarten. Die Ziele bleiben jedoch ähnlich. Schnelle und gut organisierte Angebote zum Spracherwerb, Möglichkeiten zur Anerkennung von Vorleistungen und eine anschließende individuelle Förderung, in enger Zusammenarbeit zwischen Schule, Schulsozialarbeit und sonstiger beteiligter Institutionen.

EuWiS

Welche Herausforderungen kommen darüber hinaus auf die Gesellschaft zu? Wie muss speziell die (Schul-)Sozialarbeit reagieren?

Sebastian Oster

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Von 82,5 Millionen Menschen haben über 17 Millionen einen Migrationshintergrund, heißt also, dass beinahe ein Fünftel der deutschen Bevölkerung ausländische Wurzeln hat. Das spiegelt sich auch in unseren Schulklassen des „BQ-Systems“ wider. Insofern gehören Herausforderungen im Kontext Migration zum Alltag der sozialpädagogischen Betreuung an den Berufsbildungszentren. Die bisherigen Erfahrungen mit der schulischen Integration von Flüchtlingen weisen auf Bedarfe hin, auch zwischen den Geflohenen und anderen SuS zu vermitteln. Hier gilt es frühzeitig Konfliktpotenziale zu erkennen und – z.B. im Rahmen sozialer Gruppenarbeit – dagegen zu steuern. Zu einem respektvollen Umgang miteinander kann jedes Mitglied der Gesellschaft seinen Beitrag leisten. Migration kann auch Antrieb für gesellschaftliche Veränderungen und Modernisierung sein. Hinsichtlich des Fachkräftemangels und vieler nicht besetzter Ausbildungsstellen kann die Zuwanderung auch als Chance gesehen werden. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang gerne an die große Bereitschaft vieler kleiner und mittelständischer Unternehmen in den Jahren 2016/17, die den Geflüchteten Praktikums- oder auch Ausbildungsplätze anboten. Die Vernetzung zwischen den einzelnen Beteiligten, also den potentiellen Ausbildungsbetrieben, den beteiligten Behörden und Initiativen der Flüchtlingsarbeit stellen einen wesentlichen Aufgabenschwerpunkt der (Schul-)Sozialarbeit dar. Die Ansiedlung unserer Stellen beim Saarpfalz-Kreis erwies sich diesbezüglich als sehr hilfreich und förderlich.

EuWiS

Wie können Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter:innen mit dem Thema Krieg umgehen? Welche Rolle spielen hierbei eventuell erlittene Traumata?

Sebastian Oster

Das Wichtigste bei solch heiklen Themen wie Krieg ist, dass die Lehrkräfte, aber auch die Sozialpädagog:innen vor Ort, den SuS Orientierung und Sicherheit geben. Dazu gehö-

ren in erster Linie Zeit und Raum für Gespräche. Es kann dabei sowohl um individuelle Ängste oder auch objektive Informationen gehen. Das Ziel muss nicht sein, jede Frage beantworten zu können, sondern vielmehr die Möglichkeiten zu bieten, seine Sorgen äußern zu können. Ich verweise an dieser Stelle gerne auf entsprechende Fortbildungsangebote zu dieser Thematik. Für den individuellen Fall empfehle ich auch immer die Kontaktaufnahme mit dem jeweiligen schulpsychologischen Dienst.

EuWiS

Was wünschst du Dir generell für die Schule und die Schulsozialarbeit in Zukunft?

Sebastian Oster

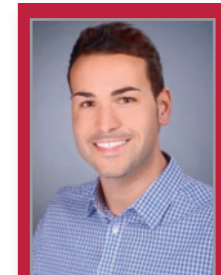
Oben genannte Erfahrungen und Herausforderungen zeigen, dass wir es mit einer steigenden Heterogenität der SuS zu tun haben. Um dieser adäquat zu begegnen, wünsche ich mir für die Zukunft eine noch engere Zusammenarbeit zwischen „Schule“ und „Sozialarbeit“. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe und als Team. Dabei sollte jede Profession ihre eigenen Sichtweisen, Stärken und Kompetenzen einbringen können. Hierzu bedarf es regelmäßiger Absprachen, klarer Beschreibungen der Aufgabenbereiche und einer konzeptionellen Einbindung der Sozialarbeit und ggf. anderer Professionen in das „System Schule“. Hier hat sich in den letzten Jahren sicherlich einiges bewegt. Aber es gibt noch Luft nach oben.

EuWiS

Lieber Sebastian, vielen Dank für das Interview! ■



Das Interview führte
Carsten Kohlberger



Sebastian Oster
Sozialpädagoge am
BBZ Homburg

„Die wesentlichen Aufgaben der sozialpädagogischen Betreuung am Berufsbildungszentrum Homburg sind Schüler:innen und Schüler, insbesondere der Schulformen Ausbildungsvorbereitung (AV) und der zweijährigen Berufsfachschule (BFS1 und BFS2), im Erreichen der Bildungsziele, in ihrer persönlichen Entwicklung und in Betriebspraktika zu unterstützen und Schulverweigerung entgegen zu wirken.“

Das Projekt „Housing First“

Einblicke in die Wohnungslosenhilfe

Am 16.03.22 hatten Birgit Jenni und ich die Gelegenheit, mal einen ganz anderen Bereich der Sozialen Arbeit zu besuchen: das Projekt „Housing First“ unter Trägerschaft der Diakonie Saar in der Johannisstraße in Saarbrücken. Es ist im Saarland das einzige Projekt, das diesen Ansatz der Wohnungslosenhilfe verfolgt, der Anfang der 90er Jahre in den USA entwickelt wurde, und nun zunehmend auch in Deutschland mehr Verbreitung findet. Achim Ickler war bereit, uns einige Fragen zu beantworten.

Zuerst schilderte er uns, dass Wohnungslosigkeit verschiedene Erscheinungsformen hat. Bevor die Menschen endgültig auf der Straße landen, gibt es viele, die vorerst bei Bekannten unterkommen, und aus Scham und Schuldgefühlen heraus ihre prekäre Situation verschleiern. Somit ist die Zahl der wohnungslosen Menschen weitaus höher, als die der sichtbaren obdachlosen Menschen, die auf der Straße von der Gesellschaft wahrgenommen werden. Obwohl Wohnen aus humanistischer Perspektive ein Menschenrecht darstellt, ist dieses Recht hierzulande nicht gesetzlich verankert. Das Konzept von Housing First setzt aber genau hier an, und sieht eine eigene Wohnung als Basis für menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben.

Ein Ort, um zur Ruhe zu kommen, Intimität zu leben. Oftmals haben Schicksalsschläge oder auch Gewalterfahrungen zu der prekären Lage geführt. Herkömmliche Ansätze suggerieren den Betroffenen eine gewisse Verantwortlichkeit für ihre Lage, und bauen die Hilfen nach dem sogenannten Stufensystem auf. Typischerweise werden zunächst die Men-

schen in Notschlafstellen vermittelt, die sie für einen befristeten Zeitraum abends zum Schlafen aufsuchen können, aber nach dem Frühstück wieder auf die Straße müssen. Nächste Station sind stationäre Wohnungsloseneinrichtungen. Danach gibt es die Möglichkeit für ein betreutes begleitetes Einzelwohnen, und ganz am Schluss erst ein möglicher Einzug in eine eigene Wohnung, wenn die Menschen sich dazu bewährt haben.

Das System folgt einem Prinzip von schrittweise zunehmender Autonomie und abnehmender sozialer Kontrolle. Somit sind die Hürden sehr groß und ein sehr hoher Anteil der Betroffenen geht auf diesem oft mehrjährigen Weg verloren. Housing First kehrt dagegen dieses Paradigma um, und stellt die eigene Wohnung an den Anfang des Hilfeprozesses. Hier gibt es auch Kriterien für die Qualität der Wohnungen. Es gibt in Saarbrücken einschlägig bekannte Adressen, in denen ausschließlich an Menschen in prekären Lagen und mit Leistungsbezug vermietet wird, aber die Zustände der Wohnungen sind oftmals mehr als mangelhaft. Die Sozialarbeiter:innen von Housing First überzeugen sich, dass die von ihnen gesuchten Wohnungen in einem angemessenen Zustand sind. Ohne ihre Unterstützung ist eine eigenständige Suche der Klienten oft aussichtslos, oder sie landen in eben solchen heruntergekommenen Immobilien, in denen ihre Lage ausgenutzt wird. Doch noch ist es viel Überzeugungsarbeit gegenüber den Vermietern.

Über Streetwork kommen die Sozialarbeiter:innen mit den Menschen in Kontakt, oder aber auch über die Anlaufstellen für Wohnungslose, z.B. über Stellen, die Postmelde-

adressen anbieten sowie über die Kontakte zu anderen sozialen Einrichtungen. Wenn eine Wohnung gefunden ist, begleiten die Sozialarbeiter:innen weiter und bieten weitere Hilfen und Unterstützung an. Der Umzug wird organisiert, eine angemessene Ausstattung besorgt, bei Beantragungen geholfen. Es besteht ein großes Netzwerk mit verschiedenen Trägern für Hilfen über die alltäglichen Bedarfe hinaus, mit Unterstützungssystemen und Hilfsangeboten aus diversen Bereichen wie beispielsweise der Suchthilfe oder der Schuldnerberatung.

Die Erfahrung zeigt, dass die Menschen mit diesem Ansatz wieder zu einem eigenständigen Handeln angeregt werden. Studien aus anderen europäischen Ländern, in denen der Housing First Ansatz schon seit längerem praktiziert wird, beweisen, dass so die Wohnungslosigkeit bei über 90 % der Nutzerinnen und Nutzer auf Dauer beendet wird, im Gegensatz zu ca. 50 % in den oben beschriebenen Stufensystemen. Oftmals bitten sie von selbst um Unterstützung. Die herkömmlichen Systeme sprechen den Menschen die Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln eher ab und sind von entmündigenden Vorgaben geprägt. Finnland konnte mit diesem Ansatz seine Zahl an obdachlosen Menschen um die Hälfte reduzieren. Stationäre Einrichtungen werden nach und nach geschlossen, die eingesparten Kosten in den Housing First-Ansatz investiert.

Die Vertreter:innen der GEW sind sich einig: das sollte der Ansatz der Zukunft sein! Und für diese wichtige Arbeit gab es dann auch im Namen der GEW eine Spende. Das Projekt ist aber auch auf die Unterstützung aus der Gesellschaft angewiesen, z.B. bei der Bereitstellung von Wohnungen. Achim Ickler kann dazu gerne unter: Haus der Diakonie Saarbrücken, Projekt Housing First, Johannisstr. 6, 66111 Saarbrücken, housing-first@dwsaar.de, Tel: 0681/38983-44, Mobil: 0172 4580318, kontaktiert werden. ■



v.l.n.r.: Birgit Jenni, Achim Ickler, Liliane Rosar-Ickler | Foto: Liliane Rosar-Ickler



Liliane Rosar-Ickler

Landesausschuss Frauen – Birgit Weis

Ein kurzer Überblick über einige wenige Themen, die mir im Laufe meiner Amtszeit begegnet sind...

Nach vier Jahren als Vorsitzende des Landesausschusses Frauen habe ich nun mein Amt abgegeben. Birgit Jenni übernimmt diese Aufgabe und wird sie mit viel Engagement weiterführen. Ich gratuliere ihr ganz herzlich zur Wahl und werde ihr selbstverständlich jederzeit zur Seite stehen. Im Laufe meiner Amtszeit sind viele Themen unverändert aktuell. Neue gesellschaftspolitisch relevante Themen kamen dazu und werden uns noch viele Jahre beschäftigen.

Der **Krieg in der Ukraine** beweist wieder, dass Frauen, Kinder und ältere Menschen die Hauptbetroffenen sind. Die Bedrohung durch sexualisierte Gewalt an Frauen in der Fluchtsituation, häusliche Gewalt, Traumatisierung, Hunger und Krankheit sind wieder gegenwärtig. Doch wir sind in Europa trotz der Erfahrungen aus den Kriegen in Syrien und Afghanistan nicht vorbereitet. Es gibt nicht genügend Schutzeinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen. Das vorhandene Netz muss stärker unterstützt und ausgeweitet werden. Erlebte Gewalt wird vor der Ankunft in Sicherheit meist nicht berichtet. Wir brauchen also dringend flächendeckende Angebote von psychologischer Beratung und die Einrichtung mehrsprachiger, kultursensibler Unterstützungssysteme (siehe auch UNWomen). Allerdings ist Frieden die Voraussetzung für Rechte – und damit auch für Frauenrechte. Es wird wieder deutlich – wir bräuchten also eigentlich 365 Internationale Frauentage!

Das zeigt sich auch ganz deutlich am **Equal Pay Day am 7. März 2022**. Bis zu diesem Tag haben Frauen in Deutschland in diesem Jahr praktisch umsonst gearbeitet, wenn man ihren Bruttolohn mit dem der Männer vergleicht. Ich werde oft gefragt, wie das sein kann. „Im Lehrberuf werden doch alle gleich bezahlt.“ Nein, werden sie nicht. Die Grundschulkollegien bestehen zu Dreiviertel aus Frauen. Bei gleichwertiger Qualifikation und Arbeitsbelastung verdienen sie oft A12 und nicht A13 oder A14. Deshalb ist es unabdingbar, dass die neue Landesregierung endlich als eines der letzten Länder A13 für alle einführt.

Ein weiterer Faktor ist die Nichtzählbarkeit von Bildungs- und Pflegearbeit. Uns wurde während Corona deutlich vor Augen geführt, dass Wertschätzung und Anerkennung in Form von Klatschen schön ist, aber nicht weiterhilft. Aber wie mache ich Bildungsarbeit zählbar und liefere damit objektive Kriterien für die Bezahlung? Gibt es beim Durchschleu-



Birgit Jenni und Birgit Weis | Foto: Birgit Weis

sen von mehr als 50% aller Schüler:innen in die gymnasiale Oberstufe einen Akkordzuschlag? Das wäre natürlich nicht seriös. An dieser Stelle muss man sich also fragen, warum die Berufe, die das Wohl und die Bildung von Kindern und damit die Zukunft der Gesellschaft zur Aufgabe haben, nicht die Vergütung bekommen, die ihrem gesellschaftlichen Stellenwert entspricht.

Ein weiterer Faktor ist die Elternzeit. Sie wird nach wie vor hauptsächlich von Frauen genutzt. In dieser Zeit liegen die Frauen nicht auf dem Sofa und essen Schokolade. Sie leisten Erziehungs-, Pflege- und Hausarbeit (sogenannte Carearbeit) - verdienen tun sie allerdings nur noch einen Bruchteil und Rentenansprüche verlieren sie auch. Elternzeiten müssen rentenwirksam werden. Ausschlaggebend für die Berechnung des Gehalts in dieser Zeit muss das höhere Gehalt der beiden Elternteile sein – egal welches Elternteil die Zeit in Anspruch nimmt. Nur auf diese Art und Weise kann man mehr Männer motivieren, sich für Erziehung und Haushalt zu engagieren, denn geschlechterbezogene Diskriminierung kann nur mit den Männern gemeinsam abgebaut werden, Carearbeit muss „umfairteilt“ werden.

Während der Corona-Krise sind die traditionellen Rollenbilder wieder stärker geworden. Durch die **digitale Bildung** kam es vielfach zu

Entgrenzung und Verdichtung der Arbeitszeit. Hier fehlt die weibliche Perspektive. Flexible Arbeitszeiten können hilfreich sein, gehen aber meist auf Kosten von Frauen und Kindern. Hier müssen klare Regelungen und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Auch die **Teilzeit** müsste neu organisiert werden. Meist gehen die Frauen in Teilzeit, um Familienarbeit zu leisten und nehmen damit Gehaltseinbußen, Rentenverringerung und reduzierte Karrierechancen in Kauf. Eine verkürzte Vollzeit von 32 statt 40 Stunden würde geringe Gehaltseinbußen für alle bedeuten, aber mehr Menschen das Verbleiben in der Vollzeit erlauben und wäre somit ein großer Schritt in Richtung Geschlechtergerechtigkeit. Die Voraussetzungen für bezahlte und Carearbeit wären gleichmäßiger verteilt.

Gleichzeitig müssen die Rollenbilder durch Bildung überwunden werden, Sexismus muss sichtbar gemacht werden. Hier sind alle Bildungseinrichtungen von den Kindergärten über die Schulen, Hochschulen bis zur Erwachsenenbildung gefragt. Der kritische Blick in das Lehrmaterial offenbart häufig sehr konservative Standpunkte. Hier werden Chancen vergeben, genderneutrale und geschlechtergerechte Standpunkte selbstverständlich zu machen.

Auch eine völlige Neuorganisation der Arbeitszeitberechnung im Lehrberuf könnte

einen großen Anteil daran leisten. Laut Göttinger Arbeitszeitstudie von 2015/2016 macht Unterricht nur 35 % der Arbeitszeit aus. Viele Aufgaben sind unregelmäßig, unterbewertet, oft ungesehen. Da lohnt sich ein Blick über die Grenze nach Dänemark. Hier ist die Grundlage eine Jahres- bzw. Wochenarbeitszeit. Alle wesentlichen Aufgaben werden transparent aufgelistet. Auf dieser Grundlage wird ein individueller Arbeitsplan erstellt, der regelmäßig überprüft und korrigiert wird. Die Folge ist eine höhere Arbeitszufriedenheit und verlässlichere Kooperation im Kollegium. Ein solcher Ansatz würde den Frauen, die etwa 70 % der Kollegien ausmachen, deutlich zu Gute kommen.

Frauen und Sprache

An Marlies Krämer scheiden sich im Saarland die Geister. Ihr Kampf für die weibliche Form „Kundin“ auf Überweisungsträgern löst bei vielen Menschen Kopfschütteln und Unverständnis aus. Es ist mittlerweile erwiesen, dass Frauen in den Köpfen verschwinden, wenn nur die männliche Form benutzt wird. Dabei geht ihre Forderung eigentlich nicht

weit genug. Unser Landesgleichstellungsgesetz sieht eine geschlechtergerechte Sprache vor (zum Beispiel „Lehrerin und Lehrer“). Bekannterweise gibt es aber nicht nur zwei Geschlechter, sondern alle. Bei der Bitte um genderneutrale - (Lehrkraft) oder gendersensible Begriffsverwendung (Lehrer:in) wird oft entgegengehalten, dass dies Sprachverhöhnung sei, sich schrecklich anhöre und man laut Konvention ja mit der männlichen Form alle meinen würde. Auch ich finde die neuen Begriffe nicht immer schön. Aber ihre Verwendung ist keine Frage der sprachlichen Ästhetik und tut nicht weh. Viele Menschen fühlen sich durch die männlichen oder weiblichen Formen nicht angesprochen. Es ist eine Frage des Respekts.

Frauen in der GEW

Frauen machen etwa drei Viertel der Mitgliedschaft aus. In den Gremien und bei den Leitungsfunktionen ist das auch konsequent abgebildet. Damit hat die GEW in meinen Augen deutlich Vorbildfunktion für Politik und Wirtschaft. Mit dem Bundesfrauenausschuss hat sie auch ein Gremium, das ein wachsam

Auge darauf hat. Der BFA setzt sich akribisch und engagiert mit den Rechten und Problemen der Frauen intern und im ganzen Bildungsbereich auseinander. Das dreiköpfige Leitungsteam ist momentan im Umbruch. Ute Wiesenacker hat das Team zugunsten des BundesSenior:innenAusschusses verlassen. Alex Hanke ist dafür neu dabei. Norma Gertz und Ilke Glockentöger werden ihre Ämter in nächster Zeit zur Verfügung stellen. Die Arbeit in diesem Ausschuss war sehr inspirierend und hat immer Spaß gemacht. Ich wünsche Birgit Jenni, dass sie genauso viel Freude daran hat wie ich. Frauenpower allen Kolleg:innen! ■



Birgit Weis

Fräulein Lehrerin

Als ich zu Ostern 1963 eingeschult wurde, gab es noch das „Fräulein Lehrerin“ und das war damals keine diskriminierende Anrede, sondern eher eine Art Ehrenbezeichnung. Für Lehrerinnen galt nämlich seit 1880 mit kurzer Unterbrechung bis 1956 das sog. Lehrerinnenzölibat. Ehe und Beruf waren unvereinbar, bei Heirat erfolgte bei weiblichen Lehrkräften in der Regel die Kündigung. Hintergrund dieser Regelung war die traditionelle bürgerliche Frauenrolle, die für Frauen in erster Linie die Rolle der Hausfrau und Mutter vorsah. Auch wollte man den männlichen Lehrpersonen keine unnötige Konkurrenz zumuten. Der Beruf der Lehrerin wurde mit viel Pathos und ethischem Anspruch aufgeladen und somit zu einer Tätigkeit aus innerer Berufung. Noch im Beamtengesetz von 1950 (DBG) hielt man an der Regelung fest, dass Lehrerinnen bei Heirat zu entlassen seien, allerdings mit der Einschränkung, dass ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert sein musste. Sprich: Der Ehemann musste in der Lage sein, seine Angehörigen zu ernähren. Das alte Klischee von der männlichen Ernährerrolle hielt sich in der

alten BRD noch bis weit in die 70/80er Jahre. Das Bundesarbeitsgericht urteilte jedoch am 10.5.1957, dass eine Zölibatsklausel in Arbeitsverträgen verfassungswidrig und somit nichtig sei.

Damit war die traditionelle Vorstellung vom „Fräulein Lehrerin“ aber noch nicht aus den Köpfen verschwunden und lange noch begegneten einem in den Volksschulen viele unverheiratete Fräuleins, die aus Liebe zu ihrem Beruf auf eine Partnerschaft und Familie verzichtet hatten.

Aus meiner persönlichen Erfahrung ist mir der Eindruck geblieben, dass dieser Verzicht oft mit einer gewissen Frustration und Verbitterung einherging. Den Fräuleins haftete etwas Nonnenhaftes und Unnachsichtiges an. In den Sixties mit Beatles, Minirock und Pille wirkten einige wie aus der Zeit gefallen und verbreiteten eine Atmosphäre der Angst und Verklemmtheit. Der Rohrstock und die Strafecke waren noch im Einsatz, wenn man nicht parierte, die Pausenhöfe und der Sportunter-

richt waren für Jungen und Mädchen streng getrennt und der sonntägliche Kirchenbesuch wurde genauestens kontrolliert.

Das ist für mich gerade mal 60 Jahre her, aber die Grundschule von heute und die Volksschule von damals sind meilenweit voneinander entfernt. Gut so! ■

Mia Herber
*1956

Quelle:
<https://de.m.wikipedia> Suchwort : Lehrerinnenzölibat

Zum Weiterlesen:
Biermann, Ingrid, Die einfühlsame Hälfte. Weiblichkeitsentwürfe des 19. und 20. Jahrhunderts in Familienratgebern und Schriften der Frauenbewegung, Bielefeld 2002

Bölling, Rainer, Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1800 bis heute, Göttingen 1983

Hodel, Gottfried, Vom Lehrerinnenzölibat bis zum Kampf gegen das Doppelverdienertum

In: Zeitschrift für pädagogische Historiographie 9, 2003, Heft 1, S. 21 - 30



Haltung zeigen!

Aktionstag gegen Rassismus in Saarbrücken

Am Sonntag, den 20.03.22, rief die GEW zu einem Aktionstag gegen Rassismus in Saarbrücken auf. Anlass waren die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 14. – 27.03.22, welche dieses Jahr unter dem Motto „Haltung zeigen“ stattfanden. Der Landesausschuss Migration, Antidiskriminierung, Diversity hatte verschiedene Verbände, Organisationen und Gruppen, die sich täglich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren, eingeladen, ihre Arbeit an Infoständen vorzustellen.

Noch gibt es kein Landesantidiskriminierungsgesetz im Saarland, das bei struktureller oder institutioneller Diskriminierung herangezogen werden kann. Darum ist es besonders wichtig, Betroffenen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich gegen Diskriminierung wehren können. Diesem Schwerpunkt verpflichten sich viele Organisationen im Saarland. Rassismus, vor allem Alltagsrassismus, ist oft sehr subtil und kommt scheinbar harmlos daher, sodass Betroffene bisweilen harmlos haben, Diskriminierungen anzusprechen. Umgekehrt kann man denjenigen, die diskriminieren, nicht immer Vorsatz unterstellen, weil sich Rassismus und Diskriminierungen in dahergesagten Redewendungen und Begriffen sowie gebräuchlichen Vergleichen und Ähnlichem verstecken. Durch entsprechende Darstellungen in (Schul-)büchern und anderen Medien werden solche Anschauungen unkommentiert tradiert und bleiben weiter die scheinbare Normalität. Das heißt, dass zunächst einmal alle Beteiligten darauf sensibilisiert werden müssen, Diskriminierung als solche zu erkennen. Entsprechend liegt der Fokus antirassistischer Arbeit auch darauf den Bereich der diskriminierungskritischen Bildung voranzubringen und Präventionsarbeit zu leisten.

Wie sich in den am Aktionstag vorgestellten Projekten zeigte, ist das Saarland diesbezüglich gar nicht schlecht aufgestellt: Das Netzwerk Demokratie und Courage e.V. sowie das Adolf-Bender-Zentrum beispielsweise bieten unter anderem Projekte, Fortbildungen oder Workshops an, durch die (nicht nur) Schüler:innen und pädagogisches Personal in Sachen Antidiskriminierung geschult werden.

Das **Netzwerk Demokratie und Courage e.V.** führt dazu bereits seit 1999 in Schulen, dem LPM oder anderem Bildungsstätten Projekttag zur Stärkung Jugendlicher in Bereichen wie Zivilcourage, Rassismusabbau und demokratisches Engagement durch, indem durch abwechslungsreiche Methoden Wissen vermittelt und Aufklärung geleistet wird. Ein neues Projekt richtet sich an die saarländi-



Vorsitzende Ausschuss LAMA Arianna Erario, GEW-Landesvorsitzende Birgit Jenni | Foto: Gerhard Schaaly

schen Industriebetriebe: CHIB (Couragiertes Handeln im Betrieb). Es zielt auf die Sensibilisierung und Beratung zum Thema Rassismus im Arbeitsumfeld und vermittelt Stärken, wie man Diskriminierung entgegenwirken kann.¹

Das **Adolf-Bender-Zentrum** richtet sich an Interessierte aller Professionen und veranstaltet unter anderem Vorträge und Workshops zu den Themen Demokratie und Menschenrechte, Diversity, Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung sowie Antisemitismus. Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus berät Privatpersonen, Organisationen, Träger und Kommunen bei rechtsextremen Vorfällen. Im Spektrum enthalten sind darüber hinaus Trainingsprogramme, z. B. wie man Stammtischparolen entgegnetreten kann. Zu allen Themen bietet das Adolf-Bender-Zentrum mobile Ausstellungen und Lernumgebungen mit Führungen an.² Das Adolf-Bender-Zentrum ist außerdem die externe Koordinierungsstelle für vier Partnerschaften für Demokratie im Saarland.

Die **Partnerschaft für Demokratie der Stadt Saarbrücken** berät und unterstützt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ neue oder bestehende Initiativen, Vereine und Einrichtungen bei der Umsetzung ihrer Ideen zum Abbau von Vorurteilen und Ausgrenzung und zur Förderung des demokratischen Miteinanders. Ein Begleitausschuss diskutiert jährlich die aktuelle Situation vor Ort und legt anschließend Themenschwerpunkte fest. Für das Jahr 2022 können noch Anträge für die Förderung von Projekten zu den Themen Extremismus, Rassismus, Antise-

mitismus, Antidiskriminierung, Demokratie, Menschenrechte und der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens gestellt werden.³

Die interne Koordination und Beratung ist im **Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB)** beheimatet und zuständig für Zuschüsse von Projekten im Rahmen von „Demokratie leben!“. Das „ZIB“ ist eine Stabstelle innerhalb der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Saarbrücken und berät und unterstützt die Fachämter und Einrichtungen der Stadt bei Fragen zu Migration und Integration. Auch der Integrationsbeirat ist im ZIB angesiedelt. Das ZIB entwickelt Konzepte und Projekte, um Integration, Diversität und interkulturelle Öffnung in Saarbrücken voranzubringen. Auch im Bereich Flüchtlingshilfe ist das ZIB tätig und hilft unter anderem dabei, Wohnungen oder Gästezimmer zu finden und ehrenamtliche Sprachmittler:innen zu koordinieren.⁴ Ein besonderes Bonbon ist der Podcast „Tolle Leute“, der 14-tägig erscheint und Menschen vorstellt, die sich haupt- oder ehrenamtlich für Vielfalt und Weltoffenheit engagieren (<https://tolleleute.podigee.io>). Neben dem Engagement zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ist die Begleitung und Beratung Betroffener (leider) auch ein wesentlicher Schwerpunkt antirassistischer Arbeit. Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt findet tagtäglich vor den Augen der Gesellschaft statt und ungeachtet des Ausmaßes haben Betroffene mit den Folgen oft jahrelang zu kämpfen.

Im Saarland gibt es seit 2020 die Beratungsstelle **„Bounce Back“** für Opfer politisch moti-





Foto: Gerhard Schaal

vierter Gewalt sowie Diskriminierung bzw. Gewalterfahrungen aufgrund (angenommener) Nationalität, Religionszugehörigkeit, physischen oder psychischen Behinderungen, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität. Unabhängig von öffentlichen Stellen bietet ein interdisziplinäres Team aus Psycholog:innen und Jurist:innen den Betroffenen ein bedarfsorientiertes Hilfsangebot, das von psychosozialer Betreuung oder fallrelevanter Kontaktvermittlung über Recherche und Situationsanalyse bis hin zu einer persönlichen Begleitung zu Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaft, Anwält:innen, Ärzt:innen oder Psycholog:innen oder deren Vermittlung reicht. Man erhält Unterstützung bei der Beratung bzgl. Entschädigungsleistungen und finanzieller Hilfen sowie bei weiteren Anträgen oder der Vor- und Nachbereitung von Gerichtsterminen. Nicht zuletzt kann eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit erfolgen: Bounce Back unterstützt Betroffene im Umgang mit einer eventuellen medialen Berichterstattung. Die Beratung erfolgt kostenlos und auf Wunsch anonym und kann jederzeit abgebrochen werden. Wenn es erforderlich ist, organisiert die Beratungsstelle Dolmetscher:innen.⁵ Bounce Back wird ebenfalls durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert und ist – wie die Beratungsstelle des Adolf-Bender-Zentrums – Teil des Beratungsnetzwerks gegen Diskriminierung Saar.^{6,7}

Dieses ist ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen, die sich für einen diskriminierungsfreien Umgang mit Vielfalt einsetzen. Koordiniert wird das Netzwerk im Rahmen des Modellprojektes „Nichtdiskriminierung – Recht und Verpflichtung!“ durch das **Antidiskriminierungsforum Saar (adf)**. Ziel des Projektes ist es, eine Basis-Struktur der niedrigschwelligen Antidiskriminierungsberatung im Saarland zu etablieren und das

Netzwerk weiter auszubauen. Von Diskriminierung Betroffene können sich an die beteiligten Stellen wenden und werden nach den Richtlinien des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (adv) beraten und unterstützt – sei es durch Beschwerdebriefe, Vermittlungen, Mediation, öffentliche Stellungnahmen oder juristische Maßnahmen.

Das adf berät und begleitet aber auch Schulen bei der Schulentwicklung. Modellschulen können sich melden und beschreiben in sechs Modulen im Rahmen der nachhaltigen Bildung und Entwicklung den Weg zu einer differenzsensiblen und diskriminierungskritischen Schule. Die Begleitung orientiert sich an den vorhandenen Ressourcen und erfolgt bedarfsorientiert. Zusätzlich bietet das adf auch Seminare oder pädagogische Tage für interessierte Schulen an.⁸

Auch die **AG Antirassismus der Universität des Saarlandes** hat sich dem Ziel verschrieben, verlässliche Antidiskriminierungsstrukturen zu schaffen. Um – insbesondere strukturellem – Rassismus an der Universität des Saarlandes entgegenzuwirken, setzt sich die AG Antirassismus für eine antirassistische Universitätsentwicklung ein. Dazu gehört die kritische Begleitung von Strukturen, Politiken und Aktionen der UdS ebenso wie das Einrichten einer festen Struktur an Hilfs- und Schutzangeboten für Studierende, Lehrende und Mitarbeitende, um das Recht auf ein diskriminierungsfreies Studium, eine diskriminierungsfreie berufliche und wissenschaftliche Tätigkeit und den Abbau bestehender Nachteile zu gewährleisten. Auf der Homepage können Betroffene von rassistisch motivierter Gewalt und Diskriminierung einen umfassenden Überblick über Beratungs- und Hilfsangebote auf dem Campus finden.⁹

Die **linksjugend [solid] saar** sprach in ihrem Redebeitrag ebenfalls das Thema des

strukturellen Rassismus¹ an. Rassistische Tendenzen beispielsweise bei der Polizei oder Bundeswehr zeigen auch hier den Bedarf unabhängiger Beschwerdestellen auf. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit stellte die linksjugend [solid] saar an ihrem Infotisch vor. Diskriminierung beginnt schon im Umgang mit Menschen, die aus vielfältigen Gründen zu uns flüchten. Unter dem Slogan „Kein Mensch ist illegal – Refugees Welcome“ erfährt die derzeitige Asylpolitik eine harsche Kritik, da beispielsweise die Ungleichbehandlung von Flüchtenden, die von innerhalb bzw. außerhalb Europas zu uns kommen, diskriminierend ist. Die Jugendorganisation der Linken setzt sich unter anderem für einen Abschiebestopp, den Zugang zu Integrations- und Sprachkursen sowie die Verbesserung der Zustände im Ankerzentrum Lebach ein.¹⁰

Fazit:

Am 20.03.22 war nur ein Ausschnitt derer vor Ort, die sich im Saarland tagtäglich haupt- oder ehrenamtlich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren, die Haltung zeigen, Halt bieten und halt sagen, wenn es um Diskriminierung geht. Trotzdem waren die wesentlichen Bereiche abgedeckt. Mit jeder Veranstaltung dieser Art können wir uns besser vernetzen, Strukturen festigen und ausbauen, damit die Vielfalt in unserer Gesellschaft weniger von Diskriminierung getrübt wird.

Wir bedanken uns herzlich bei den UnterstützerInnen unseres Aktionstages: Adolf-Bender-Zentrum e.V., AG Antirassismus der Universität des Saarlandes, Netzwerk für Demokratie und Courage Saar e.V., Barbara Spaniol (Die Linke), Bounce Back Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Dennis Lander (Die Linke), Die Partei Saar, Linksjugend [solid] Saarland e.V., Partnerschaft für Demokratie der Landeshauptstadt Saarbrücken, Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Stadt Saarbrücken. Ebenso danken wir Gerhard Schaal für die tollen Fotos und Michael Reufsteck, der mit Gypsymania das musikalische Rahmenprogramm gestaltet hat. ■

Yvonne Fell

¹ <https://www.netzwerk-courage.de/web/379.html>
² <https://adolfbender.de/bildung/workshops-und-vortraege/>
³ https://www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/familie_und_soziales/zuwanderung_und_integrationsbundesprogramm_demokratie_leben
⁴ https://www.saarbruecken.de/leben_in_saarbruecken/familie_und_soziales/zuwanderung_und_integrationsueber_das_zib
⁵ <https://bounceback.de>
⁶ https://www.landesdemokratiezentrum-saarland.de/ueber_uns
⁷ http://www.adf-saar.de/images/adfs_flyer_beratungsnetzwerk_03.pdf

Diskriminierungsschutz an Schulen

Rassismus ist ein strukturelles Merkmal unserer Gesellschaft, kein Individuum und keine Institution kann sich als rassistischnicht bezeichnen. Das ist ein vielfach belegter Fakt, betroffen sind auch Bildungsinstitutionen.

Denn auch im Bildungsbereich erleben Personal, Student:innen, Schüler:innen und Eltern leider viel zu häufig Diskriminierung und werden mit rassistischen Einstellungen konfrontiert. Davon zeugen die ausgewerteten Meldungen über Diskriminierungsfälle bei den verschiedenen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Antidiskriminierungs-Beratungsstellen in Deutschland. Die Daten belegen ein großes Ausmaß an überwiegend rassistischer Diskriminierung in ihren verschiedenen Ausprägungen an Schulen. Dies betrifft allerdings nicht nur die Schüler:innen untereinander. Negative Zuschreibungen, Benachteiligung und Diskriminierung gehen ebenso von Lehrkräften und der Institution Schule selbst aus.

Diskriminierung im Bereich Schule kann einen nachhaltig negativen Einfluss auf Schulleistung und Bildungskarrieren haben, aber auch auf Zugehörigkeitsgefühle, demokratische Teilhabe und Gesundheit, und das weit über die Schulzeit hinaus. Diskriminierung hat außerdem negative Folgen für die Schulen selbst, sie beeinträchtigt z. B. das Schulklima, die Unterrichtsqualität sowie die Konflikt- und Beschwerdekultur, was zu wenig beachtet und thematisiert wird. Dort muss die Schule hinschauen und tätig werden.

Obwohl sich viele Bildungseinrichtungen als „Schule ohne Rassismus“ bezeichnen, gibt es kaum ein größeres Tabuthema an Schulen als Vorwürfe von Diskriminierung und Rassismus. Wenn Kinder und Jugendliche Diskriminierung erfahren, werden sie traumatisiert und mit ihrem Leid oft alleine gelassen. Entsprechende Beschwerden – falls sie überhaupt vorgetragen werden – stoßen regelmäßig auf Abwehr, und selbst Fälle von eindeutig nachgewiesener Benachteiligung werden nicht geahndet. Betroffene treffen häufig auf unklare Definitionen von Diskriminierung, auf ungeregelte Zuständigkeiten und Verfahren sowie unklare Sanktionsmöglichkeiten. Dadurch bleiben Diskriminierungen häufig ohne Konsequenzen.

Sowohl rechtlich als auch strukturell weist der Diskriminierungsschutz für Betroffene noch immer große Lücken auf. Von Diskriminierung in der Schule betroffene Kinder und Jugendliche haben kaum Zugang zu Beratung und Informationen über ihre Rechte. In fast allen Bundesländern finden die Betroffenen keine strukturell verankerten niedrigschwelligen Anlauf- und Beschwerdestellen. Einzig

Berlin geht mit gutem Beispiel voran, es hat 2020 als erstes Bundesland ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) verabschiedet. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg könnten nun nachziehen, ein LADG auf den Weg zu bringen.

Im Saarland bietet das Antidiskriminierungsforum Saar e.V. im Rahmen der „Beratungs- und Clearingstelle Antidiskriminierung“ seit 2021 eine qualifizierte Beratung für Betroffene von Diskriminierung. Auch kann das adfs Diskriminierungszahlen veröffentlichen. Trotz des großen Vertrauens seitens der Betroffenen sind die Interventionsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Antidiskriminierungsstellen sehr begrenzt.

Um dem abzuwehren, sieht die GEW auch im Saarland die Notwendigkeit, den Diskriminierungsschutz an Schulen zu institutionalisieren. Von den jeweils zuständigen staatlichen Stellen, der Landesregierung und den Kommunen fordert die GEW-Saarland:

- ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, das gesetzliche Lücken im Diskriminierungsschutz an Schulen schließt, indem es unbedingt ein eindeutiges und umfassendes Diskriminierungsverbot beinhaltet, Betroffenen angemessene Beschwerde- und Informationsrechte einräumt, konkrete Voraussetzungen für die Einrichtung unabhängiger staatlicher Beschwerdestellen definiert sowie transparente, unparteiische Beschwerdeverfahren festlegt.
- die UN-Kinderrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention sowie die EU-Aufnahmerichtlinie für Geflüchtete als Richtschnur zu verwenden, um bestehende Schulgesetze und Verordnungen hinsichtlich ihrer Konformität zu überprüfen und ggfs. anzupassen.
- eine neutrale, weisungsungebundene, niedrigschwellig zugängliche Beschwerdestelle für Beschäftigte von Bildungseinrichtungen, Schüler:innen, Eltern und Studierende einzurichten und mit dauerhaften finanziellen Mitteln auszustatten, um die Beschwerden Betroffener mit einem klaren Auftrag zu verfolgen und die Opfer zu schützen. Diese Beschwerdestelle muss mit umfassenden Befugnissen ausgestattet sein, einschließlich Besuchs-, Auskunfts- und Empfehlungsrechte, Beanstandungsverfahren sowie Sanktionsmöglichkeiten.
- den Themenbereich Diskriminierung/Rassismus und ihre Gegenmaßnahmen als obligatorischen Bestandteil der Aus- und Fortbil-

dung für Lehrkräfte zu etablieren sowie das Thema gesellschaftliche Vielfalt in der Lehrerbildung für alle Schulfächer einzuführen.

■ alle Lehrpläne sowie Lehr- und Unterrichtsmaterialien aller Fächer auf diskriminierende Inhalte hin zu überprüfen und ggfs. zu aktualisieren sowie um diversitätskompetente Lehr- und Lernmaterialien zu ergänzen, und dabei die Behandlung und Gewichtung bestimmter Themenbereiche nach Diversitäts- und Antidiskriminierungsstandards zu beachten.

Die GEW erhofft sich von den politischen Akteuren, allen voran der Landesregierung, eine rasche Umsetzung dieser Forderungen. ■



Arianna Erario
Vorsitzende des Landesaussschusses Migration, Diversity, Antidiskriminierung (LAMA) der GEW Saarland

Bibliografie:
 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2019): Diskriminierung an Schulen erkennen und vermeiden. Praxisleitfaden zum Abbau von Diskriminierung in der Schule, 11018 Berlin.
 Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS): Stellungnahme: Es ist Zeit, gegen Diskriminierung an deutschen Schulen vorzugehen und einen wirksamen Diskriminierungsschutz zu etablieren. <http://www.adf-saar.de/>

Saarland auf Bundesebene vertreten
 In der Onlinesitzung des Bundesausschusses Migration, Diversity, Antidiskriminierung (BAMA) vom 4. bis 5. März 2022 hat das Gremium ein neues Leitungsteam gewählt.
 Neben der Zusammensetzung dieses Teams wurde auch die Vertretung des BAMA auf der GEW-Bundesebene neu festgelegt. Im Hauptvorstand vertritt Arianna Erario aus dem GEW-Landesverband Saarland den BAMA. Im KAFGA (Koordinierungsausschuss für alle Fach- und Personengruppen) arbeitet Anna Macías García (Landesverband Niedersachsen) mit. Die Stellvertretung für beide übernimmt Marian Janka aus dem Landesverband Bayern.
 GEW-Hauptvorstand bestätigte das Leitungsteam des BAMA einstimmig und entsendet Arianna Erario als Delegierte zum Gewerkschaftstag nach Leipzig (Juni 2022).



// GEW-EXKURSION //

didacta 2022 in Köln

Busfahrt zur **didacta 2022** in Köln

10. Juni 2022 | LPM-Nr.: K4.861-0812

Abfahrt: 07.00 Uhr Saarbrücken-Messegelände

Kosten (inkl. Fahrt + Eintritt):

- **Mitglieder: 10,- Euro | Nichtmitglieder: 30,- Euro**
- **Student:innen, Referendar:innen und Schüler:innen der Fachschulen: 10,- Euro | Mitglieder: kostenlos**

Als weltweit größte Fachmesse rund um Bildung bietet sie Angebote von rund 900 Ausstellern und ein umfangreiches Fortbildungsprogramm an. Angefangen mit der frühen pädagogischen Bildung über die schulische und akademische Laufbahn bis hin zur beruflichen Bildung – auf der didacta können Lern- und Wissensinteressierte alle Themenbereiche entdecken und Schwerpunkte gezielt ansteuern.

Für die Dienstbefreiung ist ein Antrag beim Bildungsministerium zu stellen. Alle Teilnehmer:innen erhalten vom LPM eine Teilnahmebescheinigung ausgestellt. Voraussetzung ist aber eine vorherige Anmeldung zur Fahrt über das LPM.

Anmeldung nur ONLINE beim LPM: www.lpm.uni-sb.de

Neues von der BAGSO

Allgemeine Impfpflicht für alle Erwachsenen

BAGSO fordert schnelles und konsequentes Handeln der Politik

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen fordert eine allgemeine Impfpflicht für alle Erwachsenen. Nach der ersten Debatte im Deutschen Bundestag ruft sie die Abgeordneten zu einer Einigung auf. „Stellen Sie sicher, dass wir im Herbst 2022 nicht erneut eine Corona-Welle mit täglich mehr als 200.000 Erkrankungen und täglich mehr als 200 Todesfällen haben“, heißt es in einem Schreiben an die Bundestagsfraktionen und die Gesundheitspolitiker der Parteien. Eine Impfpflicht für alle Erwachsenen biete die einzige Chance, rechtzeitig eine endemische Lage in Deutschland zu erreichen.

Nach Ansicht der BAGSO geht es darum, die Gesellschaft vor weiteren schweren Folgen der Pandemie zu schützen. Angesichts der hohen Zahl der Todesfälle und der langfristigen Krankheitsfolgen, auch für zuvor gesunde Personen, sei eine allgemeine Impfpflicht der eindeutig bessere Weg als die Pandemie weitgehend ungehemmt laufen zu lassen. Vor dem Hintergrund ernster Versorgungsprobleme im Gesundheitssystem und anderer systemrelevanter Bereiche sowie der Auswirkungen auf viele Branchen sei sie verhältnismäßig und angemessen.

Die BAGSO wies erneut auf die Folgen der Pandemie für die Bewohnerinnen und

Bewohner von stationären Einrichtungen und ihre Angehörigen hin: Seit zwei Jahren müssen sie gravierende Grundrechtseingriffe ertragen. Ihre physische und psychische Gesundheit leidet vielerorts unter den anhaltenden Kontaktbeschränkungen. Auch sterben derzeit wieder Menschen in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Hospizen ohne die Möglichkeit der Begleitung durch ihre Nächsten. Dies verletzt ihre Menschenwürde.

Damit eine Impfpflicht rechtzeitig vor dem nächsten Winter greifen könne, „sei schnelles und entschlossenes“ Handeln geboten, heißt es in dem Brief der BAGSO.

Nicht akzeptabel: Bundesregierung schließt Ältere von Entlastungsmaßnahmen aus

Wer berufstätig ist, erhält eine Einmalzahlung von 300 Euro unabhängig vom Einkommen. Rentnerinnen und Rentner werden nicht entlastet. Das hat die Ampelkoalition heute mit ihrem Entlastungspaket beschlossen, das einen Ausgleich für steigende Energiekosten schaffen soll. Die Entscheidung, ältere Menschen nicht zu berücksichtigen, ist aus Sicht der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vollkommen unverständlich und nicht akzeptabel. Höhere Heiz- und Stromkosten treffen Rentnerinnen und Rentner im Zweifel mehr als Beschäftigte, die tagsüber nicht zu Hause sind.

„Berufstätige sollen unabhängig vom Einkommen entlastet werden, die Bezieherinnen und Bezieher von kleinen Renten nicht. Das verstehe, wer will“, kommentiert die BAGSO-Vorsitzende Dr. Regina Görner die Entscheidung der Bundesregierung. „Gerade Menschen mit kleinen Renten sind in der aktuellen Situation auf Unterstützung angewiesen. Es ist nicht akzeptabel, sie im Entlastungspaket auszuschließen.“

Zusätzliche Einmalzahlungen gibt es für Empfänger von Sozialleistungen (200 Euro) sowie Familien (100 Euro pro Kind). Zumindest Empfänger von Grundsicherung im Alter dürften also von dem Paket profitieren. Aus Sicht der BAGSO reichen jedoch Einmalzahlungen für Menschen mit niedrigen Einkünften nicht aus. Notwendig ist eine angemessene Anpassung von staatlichen Unterstützungsleistungen.

Gesonderte Entlastungsmaßnahmen wurden für den Bereich der Mobilität vereinbart, jedoch nur für einen Zeitraum von drei Monaten. ■

Newsletter 6 - BAGSO

Besuche die neue GEW-Bildungscloud: cloud.gew.saarland

- Ohne Registrierung frei nutzbar
- Sicher und zuverlässig
- Immer aktuell
- Jederzeit und überall nutzbar



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**
Landesverband Saarland

GEW-Bildungscloud

„Komm wir gehen Falke“



Das Alt Saarbrücker Kinder- und Jugendhaus | Foto: Anna Feldt

„Komm wir gehen Falke“ ist der grammatikalisch nicht ganz richtige Satz den die Besucher:innen vom Alt Saarbrücker Kinder- und Jugendhaus gerne verwenden. Zustände kommt der Satz dadurch, dass sich die Einrichtung in Trägerschaft der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD- Die Falken e.V.) befindet.

Seit über 30 Jahren ist das Haus Anlaufstelle für die Kinder und Jugendlichen aus dem Stadtteil Alt Saarbrücken. Zwei hauptamtliche Sozialarbeiter sind verlässliche Ansprechpartner für alles, was den Besucher:innen auf dem Herzen liegt.

Ungefähr 60 Kinder kommen an verschiedenen Tagen ins Haus, aufgeteilt in unterschiedliche Gruppen. Da gibt es einmal die Grundschulgruppe, die sich hauptsächlich aus Kindern der Dellengarten Grundschule zusammensetzt. Freitags direkt nach der Schule um 12:30 kommen ca. 15 Kinder von

der Schule aus zu uns, wo ein gesundes Mittagessen auf sie wartet. Ernährung und alles, was damit zu tun hat, ist ein großer Bestandteil der Arbeit. Gemüse wird selbst angebaut und geerntet, Besuche auf Bauernhöfen und neuerdings die Pflege eines eigenen Schrebergartens sollen das Bewusstsein und Wissen über unsere Ernährung vertiefen. So lernt man mit einer Menge Spaß, dass die Karotte nicht aus der Dose kommt und Gemüse oft nicht so formschön aussieht wie aus dem Supermarkt. Dafür schmeckt es umso besser!

Die Grundschulgruppe kommt auch am Samstagvormittag, nachmittags sind dann die „Großen“ dran, also alle ab der 5. Klasse. Diese Gruppe kommt auch am Mittwoch nach der Schule ins Haus. Bedingt durch die Ganztagschulen sind die Besucher:innen unter der Woche oft einfach froh, hier im Haus mit

ihren Freunden Zeit gemeinsam verbringen zu können, gemeinsam was zu kochen und zu essen.

Neben der Ernährung ist die Freizeitgestaltung ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit. Bei beiden Schwerpunkten ist zudem die Partizipation der Kinder sehr wichtig, so lernen sie frühzeitig demokratische Mitbestimmungsprozesse kennen. Highlight für die Kinder ist immer das Ferienprogramm: Eine große Freizeit im Sommer (bspw. nach Spanien, an die Nordsee oder Österreich) findet statt sowie ein buntes Ferienprogramm mit Übernachtungen und Ausflügen in der Umgebung.



Liliane Rosar-Ickler und Birgit Jenni besuchten das Kinderhaus und überreichten eine Spende der GEW von 500€ für Projekte | Foto: Andreas Sánchez Haselberger

Die Besucher:innen des Kinder- und Jugendhauses kommen oft aus Familien, die zum Teil schon in der dritten Generation das Haus besuchen. Aus der Grundschulgruppe wachsen sie quasi mit bis sich, meistens im Alter zwischen 16 und 18, die Wege trennen. Allerdings gibt es auch eine Gruppe junger Frauen, die selbst als Kinder im Haus waren und immer noch in regelmäßigen Abständen einen Treffpunkt hier haben.

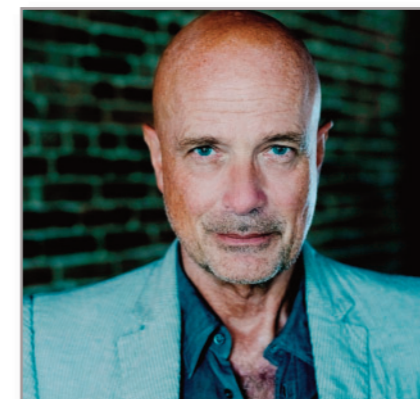
Durch die enge Zusammenarbeit mit dem SOJUS (Sozialraumorientierte Jugendhilfe in Alt Saarbrücken) kommen auch Kinder hierher, deren Familien von den Mitarbeiter:innen dort betreut werden. Besonders schätzen die Besucher:innen unsere kleine Einrichtung wegen des familiären Charakters und der Zuverlässigkeit der Betreuer:innen. Wir bieten ihnen eine stabile Beziehung und einen sicheren Raum, in dem sie sich ausprobieren und wachsen können. Die Besucher:innen in ihrer Lebenswelt zu sehen und zu verstehen, sie in ihrer Autonomie, Toleranz und Weltoffenheit zu fördern ist uns als Betreuer:innen das Hauptanliegen. ■

Anna Feldt
Alt Saarbrücker Kinder- und Jugendhaus

Lesung mit Christian Berkel aus seinem Roman „Ada“

Ein Programmhilite im Frühjahr-/Sommersemester, der vhs Regionalverband Saarbrücken in Dudweiler, ist die Lesung des Schauspielers und Autors Christian Berkel. Vor dem Hintergrund umwälzender historischer Ereignisse erzählt Berkel in seinem aktuellen Roman „Ada“ von Schuld und Liebe, von Sprachlosigkeit und Sehnsucht, vom Suchen und Ankommen: mit ihrer jüdischen Mutter Sala kehrt Ada 1955 aus Argentinien nach Berlin zurück, wo sie auf ihren lange ersehnten Vater Otto trifft und auf Familienglück hofft. In der autoritär geprägten Gesellschaft wächst Adas Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit. Die Studentenbewegungen der sechziger Jahre, ihre Tante Lola, die Pariser Mode- und Kunstwelt sowie Woodstock verändern und retten Ada.

Christian Berkel, 1957 in West-Berlin geboren, ist einer der bekanntesten deutschen Schauspieler. Er war an zahlreichen europäischen Filmproduktionen sowie an Hollywood-



Christian Berkel | Foto: Gerald von Foris

Blockbustern beteiligt und wurde u. a. mit dem Bambi, der Goldenen Kamera und dem Deutschen Filmpreis ausgezeichnet. Viele Jahre stand er in der ZDF-Serie „Der Kriminalist“ vor der Kamera. Er lebt mit seiner Frau, der Schauspielerin Andrea Sawatzki und den beiden Söhnen in Berlin. Sein Debütroman „Der Apfelbaum“ wurde ein Bestseller.

Die Lesung findet am Samstag, den 14.05.2022, 18 Uhr (Einlass 17 Uhr) im Festsaal des Bürgerhauses Dudweiler statt. Eintrittskarten zum Preis von 17,00 €, erm. 15,00 € (Schüler, Studenten, Schwerbehinderte ab 50 %) sind bei folgenden Vorverkaufsstellen erhältlich: Buchhandlung Am Markt, Saarbrücker Str. 260, 66125 SB, Tel.: 06897 972007; Lottoannahmestelle Maurer, Liesbeth-Dill-Str. 6, 66125 SB, Tel.: 06897 71114; Buchhandlung Raueiser, Sankt-Johanner-Markt 26, 66111 SB, Tel.: 0681 379180; vhs Regionalverband Saarbrücken, Zentraler Service, Altes Rathaus, Zi. 1, Schlossplatz 1-2, 66119 SB, Tel.: 0681 506-4343. ■

(red.)

ANZEIGE

Bildung ermöglichen!

Mach mit! Unterstütze die GEW-Stiftung *fair childhood* für Bildung statt Kinderarbeit.

Spendenkonto *fair childhood*: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE
www.gew.de/internationales/fair-childhood

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds in München.

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

Foto: Susanne Hemmerling

Videos der Bosener Gruppe



die Bosener Gruppe

Die Bosener Gruppe, eine Vereinigung von Schriftstellerinnen und Schriftstellern, die literarische Texte in moselfränkischer und rheinfränkischer Mundart verfassen, haben wir bereits vor einigen Jahren vorgestellt. In ihrem Bosener Manifest hat sich diese Arbeitsgemeinschaft für rhein- und moselfränkische Mundart zum Ziel gesetzt, die Mundarten der Region in ihrer herausragenden Wertigkeit und Schönheit darzustellen.

Zur Gruppe gehören Literaten aus Lothringen und aus dem Elsass ebenso wie aus dem Saarland und aus Rheinland-Pfalz. Gründungsmitglieder der Gruppe, die sich am 26.11.2000 in der Bosener Mühle im Rahmen eines Mundart-Symposiums des Saarländischen Rundfunks gebildet hat, waren: Relinde Niederländer, Gisela Bell, Peter Eckert, Georg Fox, Heinrich Kraus und Johannes Kühn.

Man kann nicht durch Beitrittserklärung Mitglied in der Bosener Gruppe werden, die Gruppe sucht sich ihre Mitglieder aus. Sprecher der Gruppe, die diese nach außen vertre-

ten, sind zurzeit Karin Klee und Peter Eckert. Die Gruppe trifft sich wenigstens zwei Mal im Jahr, in der Regel im Frühjahr und im Herbst, um einen Tag gemeinsam zu verbringen. Dabei geht es natürlich um Literatur, um Literatinnen und Literaten sowieso, und als kleine Herausforderung, gibt es die "Hausaufgabe", ein Thema, das die Gruppe sich selber stellt und zu dem wer will einen Beitrag mitbringt, den er oder sie dem Plenum zum Fraß vorwirft, nein, zur Diskussion vorlegt. Diese „Hausaufgabentexte“ werden dann auch auf der Homepage der Gruppe veröffentlicht. Bei den Treffen werden auch regelmäßig Texte ausgewählt und als „Mundarttext des Monats“ ausgezeichnet und vorgestellt.

Näheres über die Gruppe, ihre Mitglieder, Texte, Bilder, Hörbeispiele kann man im Internet finden unter:
bosenergruppe.saar.de

In den beiden letzten Jahren mussten wegen der Corona Pandemie die persönlichen Begegnungen leider ausfallen. Georg Fox hat

dies zum Anlass genommen, einzelne Mitglieder aufzusuchen und in deren privatem Umfeld Videoaufnahmen zu machen, in denen sie Texte aus ihrem Repertoire vorlesen. So ist auf der Homepage unter „Videos“ eine neue Rubrik entstanden, unter der man sich seine „persönlichen Lesungen“ zusammenstellen kann.

Es funktioniert genial einfach: man sucht sich eine Autorin oder einen Autor aus, klickt den gewünschten Text an und wird sofort zu einer Youtube Seite weitergeleitet, auf der man sich das Video dann anschauen kann. Es ist eine wunderbare Gelegenheit auf diese Weise einen Zugang zu unseren Mundarten finden zu können, die ja ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer regionalen Kultur und Identität darstellen. Man hört die Texte im Original und lernt dabei auch die Autorinnen und Autoren „persönlich“ kennen. Mich kennen die meisten von euch ja schon, und wenn ihr mich dort anklickt, findet ihr z.B. unter dem Stichwort „Epilog“ auch meine späte Rache an meinem Deutschlehrer, der mich, den unbedarften Gymnasiasten, vor 60 Jahren mit Gedichtinterpretationen quälte. Es lohnt sich reinzuschauen. Sicher werden viele die Sprache ihrer Kindheit wieder entdecken und zudem bietet die Seite der Bosener Gruppe reichlich Inspiration und Material für Unterrichtsprojekte zum Thema Mundart. ■

Harald Ley



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

Die GEW gratuliert allen Jubilar:innen, die 50, 55, 60, 65 Jahre oder älter werden.

Liebe Jubilar:innen, wir freuen uns, dass Ihr so lange dabei seid.

Die GEW bedankt sich für die langjährige Mitgliedschaft!

Schlusswort

Siebzig Jahre GEW

Siebzig Jahre, was sind denn siebzig Jahre?

Eine kurze Zeit, wenn man möchte, dass sich etwas verändern sollte. Ein langer Stillstand, wenn man will, dass alles bleiben soll, so wie es ist.

Ein Augenblick, wenn man erkennt, wie wenig sich bisher bewegt hat. Eine Ewigkeit, wenn man drum kämpft, dass sich endlich etwas ändert.

Ein Hürdenlauf, in dem es gilt, so manches Hindernis zu nehmen. Ein Marathon, wo man nicht weiß, ob man jemals sein Ziel erreichen wird.

Siebzig Jahre, wo sind die siebzig Jahre?

Diese lange Zeit unserer Vision von einer guten Bildung für alle. Der stete Frust, wenn die da oben weder Ohren noch Geld dafür hatten.

Diese ständigen Forderungen von uns nach besseren Bedingungen für alle, die sich um die kümmern, die einmal unsere Zukunft sind.

Diese Anstrengungen, die Arbeit in unseren vielfältigen Gremien,

dieses unermüdliche Engagement für unser Ziel einer besseren Bildung.

Siebzig Jahre, was bleibt von siebzig Jahren?

Sie, die diese Jahre erleben konnten und heute noch zu uns gehören, sie sind Zeugen einer langen Zeit, in der sich viel GEWandelt hat.

Sie, die Auf und Ab erfahren haben, ihr Einsatz für eine gute Bildung, sie sind heute der GEWinn für uns, den wir uns nicht mehr nehmen lassen.

Sie, die wir nun ehren können dafür, dass sie nie den Mut verloren haben, die da oben nicht GEWähren ließen. Sie sind die siebzig Jahre unsrer GEW.

Siebzig Jahre, was sind die siebzig Jahre?

Für mich die Summe der Erfahrung, von der ich fast fünfzig Jahre zehre. Fünfzig Jahre für die ich dankbar bin und die ich niemals missen möchte.

Für mich fünfzig von siebzig Jahren. Mein ganzes Lehrerleben in der GEW.

Harald Ley

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene Mitglied gibt es eine unserer Prämien.*



Powerbank Poki



Gewürzreibe von Zassenhausen



Pictures – Spiel des Jahres 2020



30-Euro-Spende



Hautfarben-Stifte



Thermo-Frenchpress



GEW-Bento Box



Twist & Go Edelstahl-Wasserflasche



Sandwichmaker



Büchergutschein



Weinset Lebenshilfe



30-Euro-Spende

Neues Mitglied werben und weitere Prämien ansehen
unter: www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102